Ausgabe 2/2019

JULIMAGAZIN

Interview mit Moritz Körner

Warum wir eine (europäische) Außenpolitik brauchen

Was ist dran am Demokratiedefizit?

Blind vor Liebe –

Europa darf nicht verherrlicht, Europa muss verbessert werden

stockadobe.com © Ingo Bartussek

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeitern als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Ehrenfeldstraße 14, 44789 Bochum
Tel.: 0211. 49 70 940
Fax: 0211. 88 25 31 237
E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw
Website: www.liberaler-mittelstand.nrw

Tim Schütz

Chefredakteur

Liebe JuLis,

„hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“. Das Image der EU und des Europaparlaments könnte für weite Teile der Bevölkerung durchaus besser sein. Graue Eminenzen, Bürokratie, gekrümmte Gurken und Entscheidungen gegen den Willen einer lauten Mehrheit der Bevölkerung. Natürlich wissen wir, dass nichts schädlicher ist als ausgeprägte Skepsis der EU gegenüber. Natürlich wissen wir aber auch, dass Europa in diesem Mai vor einer Richtungswahl und durch die ständigen Brexit-Turbulenzen Tag für Tag vor der Zerreißprobe steht. So ist das Verhalten der CDU um Axel Voss in der Urheberrechtsreform-Debatte eine miserable Werbung für die Europawahl. Auch die stetige Berichterstattung über den Austritt, Nicht-Austritt, Verschub oder Kollaps des Brexits macht die gegenwärtige Stimmungslage nicht gerade unfreundlicher für Populisten.

Die FDP reagiert, fernab zahlreicher fragwürdiger Aussagen von Christian Lindner, hervorragend. Unsere neue FDP-Kampagne ist nicht modisch schwarz-weiß, sondern bunt, vielfältig und leuchtend. Genau so beschreibt auch unsere JuLi-Spitzenkandidatin Svenja, die in diesem Magazin das Comeback des Formats „Interview ohne Worte“ begeht, Europa. Sie kandidiert auf Listenplatz zwei und Moritz Körner auf Listenplatz vier. Damit sendet die FDP ein klares Signal: Junge Menschen brennen für Europa und wollen es gestalten, während der Opa vieles machen kann, aber unter keinen Umständen nach Europa geschickt wird. Auch dahinter finden sich viele junge Kandidaten. Gerade NRW geht dabei voran. So präsentieren sich in diesem Magazin kompakt alle JuLi-Asse für Europa und erzählen, ob sie Günther Oettinger lieber mit einer Paintballkugel liebevoll treffen möchten oder ihn zum Thema Uploadfilter zur Rede stellen möchten.

Auch unsere Autoren brennen für Europa. Anne will ein Europa, das nicht nur Politik-Nerds, sondern wirklich jeden abholt. Patrick debattiert in unserem Format „Pro vs. Kontra“ darüber, ob nicht bald auch Länder wie Israel oder gar Australien Mitglied der EU werden könnten, während Simon die riesigen Chancen Europas für den Umweltschutz skizziert. Marc zeigt uns zudem seine Vorschläge, wie die EU sich formal neu aufstellen sollte, um demokratischer und bürgernäher zu werden. Aber da es bei keinem Thema sinnvoll ist, grundsätzlich immer in euphorische Jubelstürme zu verfallen, zeigt Alex, warum die Vorstellung einer EUdSSR wenig reizvoll ist, und Fabian erklärt, was an der EU auch problematisch ist.

Doch da auch nationale Politik immer eine Rolle spielt, zeigt euch Léon auf unserer letzten Seite mit einem Augenzwinkern, welche Politiker er in seinem Horror-Bundeskabinett sieht. In diesem Sinne wie immer: viel Spaß bei der Lektüre,

Euer Tim

THEMEN

IN HALT

1. Anne will
2. Warum wir eine (europäische) Außenpolitik brauchen
3. Pro vs. Kontra: Sollen Staaten fernab des geografischen Europas Mitglied der EU werden?
4. Was ist dran am Demokratiedefizit?
5. Politik ohne Worte
6. Interview mit Moritz Körner
7. Warum Europa für Umweltschutz so wichtig ist
8. Warum die EZB den Leitzins erhöhen muss
9. Unsere Asse für Europa
10. Blind vor Liebe – Europa darf nicht verherrlicht, Europa muss verbessert werden
11. EUdSSR? – Föderalismus in der EU
12. Letzte Seite: Das Horror-Kabinett

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.
Tim Schütz
(tim.schuetz@julis-nrw.de)

REDAKTION
Nemir Ali, Marc Bauer, Léon Beck, Jessica Bremes, Fabian Griewel, Patrick Guidato, Alexander Kobuss, Isabel Kraemer (Ressortleiterin Interviews), Sander Singer, Anne Wickborn (Ressortleiterin Kolumne)

HERAUSGEBER UND VERLAG
Junge Liberale Landesverband NRW e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf

Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS
photocase.com/Adobe Stock

GESTALTUNG
BTW MARKETING Werbeagentur, Werne

DRUCK
frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Anne will …

Lieber Moritz,

es sind nur 43 %. Ich habe geschluckt und den Absatz erneut gelesen. Es stimmt tatsächlich – 43 % der EU-Bürger gaben im Herbst 2018 an, dass sie ein positives Bild der Europäischen Union haben. Wenn ich meinen Freundes- und Bekanntenkreis durchgehe, fällt mir spontan niemand ein, der zu den verbleibenden 57 % gehören könnte. Sicher, es gibt kritische Stimmen. Zu viel Bürokratie, unnütze Verordnungen, wenig Effizienz im Verwaltungsapparat. Aber alles in allem, wenn die Freunde aus ihren Auslandssemestern in Wien, Lyon und Rom zurückkommen oder von einem spontanen Kurztrip nach Mallorca erzählen, habe ich bis jetzt vor allen Dingen eine große Dankbarkeit für die Chancen erfahren, die die Europäische Union bietet.

Und auch wir Liberalen kämpfen ja leidenschaftlich für mehr Europa. Nicht nur die Freizügigkeit, sondern auch das Bündnis der Nationen als Garant für Frieden und Wohlstand, der Freihandel und das gemeinsame Wertesystem machen Europa zu weit mehr als einem wirtschaftlichen Bündnis. Für viele ist es mittlerweile ein Gefühl, eine Vision, eine Heimat geworden. Besonders eindrücklich konnte man diese Begeisterung bei den unzähligen „Pulse of Europe"-Demos sehen – und trotzdem stehen die 43 % im Standard Eurobarometer vom Herbst 2018. Auch der Brexit und die nationalistisch-protektionistischen Tendenzen in anderen Mitgliedsstaaten der EU sprechen eine ganz andere Sprache als die Sänger der europäischen Hymne auf den Marktplätzen Deutschlands.

Am Beispiel des Brexits war deutlich zu erkennen, dass die Frage nach mehr oder weniger Europa die Gesellschaft spaltet. Wieso ist das so? Und was können wir ändern?

Im britischen Referendum wurde beim Blick auf die Karte sehr deutlich, dass wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Situation der Bürgerinnen und Bürger einen immensen Einfluss darauf haben, wie sie die EU beurteilen und wahrnehmen. Während der wirtschaftlich starke Süden das Kreuz mehrheitlich bei „Remain" gesetzt hatte, war im wirtschaftlich schwächeren Norden eine deutliche Tendenz zum Austritt aus der EU erkennbar. Darüber hinaus war neben den finanziellen Aspekten auch die Migration ein entscheidendes Thema in der Debatte um mehr oder weniger Europa.

Diese Beobachtungen decken sich mit den Berichten des Eurobarometers – demnach sind Sicherheit, Finanzen und Migration die drei Hauptsorgen der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene. Eines zeigt deutlich, nämlich dass die Ablehnung der EU keine idealistischen oder nationalistischen Beweggründe hat, sondern sich vielmehr in existenziellen Ängsten einiger Bevölkerungsgruppen begründet. Wer gegen Europa ist, verweigert sich nicht zwingend der Reisefreiheit, einer gemeinsamen Armee oder dem gemeinsamen Wertesystem der Union. Vielmehr sind es Sorgen um die eigene physische wie wirtschaftliche Sicherheit, denen die Verantwortung für den Aufwind von populistisch-protektionistischen Ideen zuzuschreiben ist. Diese Ängste müssen ernst genommen und diskutiert werden.

Für die langfristige Stärkung des Rückhalts der Europäischen Union ist es zwingend notwendig, ein integrativeres Europa zu schaffen. Vorteile und Privilegien der EU müssen vor allen Dingen für jene greifbarer werden, die wirtschaftlich schwächer gestellt sind als andere. Die ihren Urlaub nicht in Spanien, sondern an der Ostsee verbringen. Die das Auslandssemester nicht in Anspruch nehmen können, weil sie nicht studieren, und denen auch die Berufschancen im Ausland nicht offenstehen, weil ihre Berufsausbildung nicht ohne Weiteres anerkannt wird.

Für ein besseres, stabileres und leistungsfähigeres Europa müssen wir diese Herausforderungen im Sinne der Chancengleichheit angehen und es jedem Europäer ermöglichen, genauso vom Zustand der EU zu profitieren wie wir.

Denn nur in einem Europa, in dem sich jeder mitgenommen fühlt, kann jeder sein Potenzial voll ausschöpfen und die Gesellschaft voranbringen.

Liebe Grüße, Anne

Anne Wickborn (17),
Medizinstudentin, ist Beisitzerin im Bezirksvorstand Aachen und Ressortleiterin Kolumne des JULIMAGAZINS. Ihr erreicht sie unter: **anne.wickborn@julis.de**

Bildnachweis: stockadobe.com

2 Warum wir eine (europäische) Außenpolitik brauchen

Am 23. Januar 2019 erklärte sich der Parlamentspräsident des vom Sozialismus gebeutelten Venezuelas, Juan Guaidó, – in Übereinstimmung mit der Verfassung des südamerikanischen Landes – zum Interimspräsidenten. Die Europäische Union stellte dem De-facto-Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro, daraufhin ein Ultimatum: Binnen einer Woche habe er neue Präsidentschaftswahlen auszurufen oder man würde Guaidó offiziell anerkennen. Nach dem Verstreichen des Ultimatums machten viele EU-Staaten ihre Drohung wahr und erkannten Guaidó an. Nicht jedoch die EU selbst, denn Italien stimmte im Ministerrat dagegen. Nüchtern betrachtet eine ziemliche Klatsche für Europa, die zeigt, wie hinderlich das Prinzip der Einstimmigkeit gerade auch in außenpolitischen Sachverhalten ist.

Die Jungen Liberalen und auch die FDP wollen deshalb Mehrheitsentscheidungen in der sogenannten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) den Weg ebnen. Die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips ist jedoch leichter gesagt als getan, denn sie muss, wie könnte es auch anders sein, einstimmig erfolgen. Kriegt man es dann noch hin, dass die Mitgliedstaaten nicht ihre eigene konträre Außenpolitik betreiben, wozu wohl die Ersetzung der nationalen Botschaften durch EU-Botschaften und ein europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat notwendig ist, hat man eine echte europäische Außenpolitik.

Doch warum ist das überhaupt wichtig? Was betrifft es uns, was in der großen weiten Welt vor sich geht? Die Frage klingt natürlich naiv und als wäre sie von einem engstirnigen Hinterwäldler gestellt, um es mal drastisch zu formulieren. Doch ist sie das wirklich?

Viele Bürgerinnen und Bürger auch in unserem Land können wenig mit Europa und der EU anfangen. Sie nehmen die Auswirkungen in ihrem persönlichen Alltag nicht wahr und erkennen für sich keinen Mehrwert. Wohl auch deshalb ist die Wahlbeteiligung bei Europawahlen (bei der letzten im Jahr 2014 waren es lediglich 48,1%) erschreckend niedrig. Schlimmer noch, man muss befürchten, dass viele die Europawahl nutzen werden, um mit der Politik in Berlin abzurechnen, statt um in Brüssel mitzubestimmen. Die Frage, was europäische Politik im Alltag bewirkt, ist daher alles andere als unbedeutend. Viel mehr noch, sie könnte die Wahl entscheiden.

Damit kommen wir zur Ausgangsfrage zurück: Was bringt oder kann uns eine gemeinsame europäische Außenpolitik bringen und ist sie für den Einzelnen wirklich von Bedeutung?

Über den Sinn und Zweck von Außenpolitik hatte der erste Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, der dieses Amt zeitgleich mit seiner Kanzlerschaft bekleidete, sehr klare Vorstellungen. Er trieb die Westbindung Deutschlands, d. h. insbesondere die Allianz mit den USA und die Freundschaft mit Frankreich, voran, gerade auch mit dem Ziel, Souveränität (zurück) zu gewinnen, welche infolge des 2. Weltkriegs verloren ging. Doch für Adenauer war das kein Zweck an sich, sondern die Erlangung der Souveränität nach außen diente dazu, überhaupt erst die Fähigkeit zur Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse im Innern zu erlangen.

Nun hat Deutschland mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 seine volle Souveränität zurückerlangt. Daher könnte der Eindruck entstehen, dass dieser Zweck der Außenpolitik ausgedient habe. Betrachtet man Souveränität ausschließlich aus rechtlicher Perspektive, mag dies stimmen. Doch demnach ist auch ein Staat wie Nordkorea, dessen Handlungsfähigkeit nach innen durch die Abhängigkeit von China sowie die Isolation durch die internationale

Staatengemeinschaft, stark begrenzt ist, souverän. Entscheidend ist also weniger die Souveränität nach ihrer Bedeutung im Völkerrecht, sondern die tatsächliche Handlungsfähigkeit des Staates im Hinblick auf die Gestaltung seiner inneren Angelegenheiten.

Der Zusammenhang zwischen Außenpolitik und Handlungsfähigkeit ist offensichtlich, wenn es um Fragen von Krieg oder Frieden geht. In einem Staat, der angegriffenen wird, können weder Freiheit noch Wohlstand florieren, nicht einmal der Schutz von Leib und Leben ist sichergestellt. Doch auch außerhalb dieses Extremfalls können die äußeren Verhältnisse einen Staat in seiner Handlungsfähigkeit beschränken.

Der zweifelsohne bedeutendste politische Wert für einen Liberalen und ein zumindest nicht ganz unwesentlicher Wert für Sozialdemokraten, Grüne und Konservative ist die Freiheit. Ohne Zweifel liegt die Verantwortung dafür, ob ein Staat Minderheitenrechte achtet oder Minderheiten verfolgt, ob er Marktwirtschaft oder Planwirtschaft betreibt, ob er die Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger achtet oder einen Polizeistaat errichtet, immer bei den Bürgerinnen und Bürgern des jeweiligen Staates. Doch ohne diese Verantwortung irgendwie einschränken oder relativieren zu wollen, muss man die Frage aufwerfen, welche Bedeutung Freiheit und die Achtung von Menschenrechten für eine nicht zu unterschätzende Zahl von Menschen hätte, die beispielsweise infolge von Handelskriegen und Protektionismus Einkommenseinbußen hinnehmen müssten oder sogar ihren Arbeitsplatz verlören. Die Geschichte zeigt, dass gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen Populisten und Extremisten Zulauf haben. Wenn also die Europäische Union und damit der Binnenmarkt, in welchen ein Großteil der deutschen Exporte geht, zusammenbräche, welche innenpolitischen Handlungsmöglichkeiten verblieben der Bundesrepublik dann noch, um den drohenden Wohlstandsverlust zumindest begrenzen zu können, und wie wäre es letztlich um die Freiheit des Einzelnen bestellt?

Eine aktive und effektive Außenpolitik ist daher nicht nur wichtig, um Freiheit, Frieden und Wohlstand weltweit zu fördern, sondern letztlich schon die notwendige Bedingung, um überhaupt in der Lage zu sein, diese Dinge im Inneren zu bewahren.

Bleibt noch die Frage, warum es eine europäische Außenpolitik sein muss. Um dies zu beantworten, lohnt es sich, die Sorbonne-Rede des französischen Präsidenten Emmanuel Macron hinzuzuziehen. Dort fordert er nichts Geringeres als die „Neubegründung eines souveränen [...] Europa [...], denn das Europa, wie wir es kennen, ist zu schwach [...], aber allein Europa kann uns eine Handlungsfähigkeit in der Welt geben angesichts der großen Herausforderungen dieser Zeit.“ So richtig diese Aussage ist, sie deutet den wichtigsten Punkt nur an: Wir verlieren keine Souveränität im Sinne von Handlungsfähigkeit, indem wir der EU die ausschließliche Zuständigkeit für die Außenpolitik übertragen. Im Gegenteil, wir gewinnen verlorene Handlungsfähigkeit nach außen zurück und stärken so unsere Handlungsfähigkeit nach innen. Denn die EU mit ihren (noch) 512 Millionen Einwohnern und einer Wirtschaftskraft vergleichbar mit jener der USA wird auf der Weltbühne ernster genommen und kann folglich auch mehr bewegen als Deutschland mit 82 Millionen Einwohnern, von kleineren Ländern wie Belgien oder Luxemburg ganz zu schweigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass uns auf Dauer nur eine europäische Außenpolitik die notwendige Handlungsfähigkeit verschafft, damit Freiheit, Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa weiterhin florieren können.

Nemir Ali (23) ist stv. Landesvorsitzender der JuLis Niedersachsen und leitet den Bundesarbeitskreis Internationales der Jungen Liberalen. Zum Thema Europa konnten wir ihn als Gastredakteur gewinnen. Ihr erreicht ihn unter: **nemir@julis.de**

Bildnachweis: stockadobe.com

Pro vs. Kontra: Sollen Staaten fernab des geografischen Europas Mitglied der EU werden?

Warum die EU nur ein Puzzleteil bleibt und das auch gut so ist

Ich wohne in Poppelsdorf. Das ist ein Stadtteil von Bonn. Bonn liegt in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein Bundesstaat von Deutschland. Wir Menschen leben tagtäglich die Untereinheit. Das scheint mehrere Gründe zu haben.

Kategorisierung

Wir können uns so einen besseren Überblick verschaffen. Dieser hilft uns dabei, uns geografisch zurechtzufinden, aber auch wirtschaftliche Umrisse auszumachen. Wir können recht klar erkennen, was das BIP von NRW im Vergleich zu Niedersachsen oder Bayern ist. Dies lässt uns darauf schließen, dass NRW wirtschaftlich stark aufgestellt ist. Würden wir nicht unterteilen, könnten wir dies, ganz pragmatisch, so nicht ausmachen. Dabei muss letztlich immer eine Ebene der Relativierung offenbleiben. Eine oberste „Schirm"-Ebene schließt eine Relativierung aus.

Würde die EU sich stetig politisch wie räumlich ausdehnen und weniger eine wirtschaftliche Konkurrenz zu anderen Größen darstellen, als diese viel eher zu verschlingen, würden wir unseren eigenen Wettbewerb kaputt machen. Und so anstrengend und kostspielig Wettbewerb sein mag, ökonomisch gesehen ist er die treibende Kraft hinter dem Fortschritt.

Der Euro ist für die Mitgliedstaaten als einheitliche Währung ein klarer Vorteil. Diese Einheitlichkeit birgt aber auch Risiken. Diese werden z. T. dadurch minimiert, dass der Euro trotz des gleichen Kurses unterschiedlich viel Kaufkraft in den verschiedenen Ländern genießt. Mit der Ausdehnung der Eurozone läuft man Gefahr, den tatsächlichen Wert der Währung zu verlieren.

Identifikation

Nicht ganz unabhängig davon ist unser menschlicher Drang nach Identifikation. Kann ich mich zu anderen abgrenzen, schafft dies auch positive Effekte. Eben diese Identifikation können wir nur aufrechterhalten, wenn wir uns bis in die kleinste Einheit definieren können. Das „Wir"-Gefühl lebt sich dabei immer auf verschiedenen Ebenen aus.

Wo bleibt unsere Identifikation mit der EU, wenn es „nur" noch die EU gibt? Wir müssen uns relativieren können, um eine „Wir"-EU zu schaffen. Das hat nichts mit böswilliger Ausgrenzung zu tun, sondern vielmehr mit selbstbestimmter Identifikation. Mit einer deutlichen Haltung zu der Frage, wer wir sind, aber auch wer wir nicht sind.

Zusammenwirken

Letztlich steht das Zusammenwirken als Ökosystem. Je nach Identifikation können Einheiten zusammenarbeiten und dadurch einem größeren Ziel nachkommen. Zur Diskussion stehen stetig die Parameter der Zusammenarbeit.

Eben das der europäischen Integration zugrundeliegende Ökosystem ist nur aufrechtzuerhalten, wenn dieses in Untereinheiten – die Staaten – gegliedert wird. Die EU selbst ist dabei aber auch „nur" globaler Mitspieler neben China, den USA oder Russland. Klar kann man davon ausgehen, dass die EU viele Staaten in einem größeren System bündeln soll. Fraglich bleibt hierbei, ob sich die Europäische Union dann aber nicht zu wichtig nimmt. Es geht nicht darum, den europäischen Gedanken zu verneinen, aber diesen klar zu umreißen und dabei festzustellen, dass die EU nicht alles kann, nicht alles ist und nicht alle umfassen muss – und das auch gut so ist, weil durch diese klare Haltung viel mehr Potenzial entfesselt werden kann als durch andauernde Expansion und daraus ergebende Unsicherheit.

Dieses Ökosystem muss einer gesunden Selbstregulation ausgesetzt werden. Sie findet sich in unseren demokratischen Werten. Hierdurch wird die maximale Flexibilität gewahrt und den akuten Vorstellungen der Mitglieder (auf jeder Ebene) nachgekommen. Nur das kann die EU unschlagbar machen.

Sander Singer (18) studiert Jura an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er ist Mitglied der JuLis Bonn. Ihr erreicht ihn unter:
sandersinger@icloud.com

KONTRA

Die EU ist kein Kontinent, sie ist eine Idee!

3

Die Europäische Union ist eins der wichtigsten Friedens-, Wohlstands- und Fortschrittsprojekte der Menschheitsgeschichte, wenn nicht sogar das wichtigste. Was die EU alles Gutes bewirkt hat, werde ich deswegen auch nicht weiter ausführen und auch die Schwächen der EU, das Demokratiedefizit, die zu große Rolle und den Reformbedarf spare ich mir, denn dieser Artikel soll sich nicht mit den Problemen der EU befassen. Zumindest nicht im Kern. Der Ursprung dieses Artikels geht auf die Debatte über die Türkei und ihren Beitritt zur EU zurück.

Keine Perspektive für Autokraten

Richtigerweise sprechen sich sowohl JuLis als auch FDP mittlerweile für ein vollständiges Ende der Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei aus. Das Land hat sich inzwischen so weit von den Grundwerten der Europäischen Union entfernt, dass auch bei passender Haushaltslage eine Mitgliedschaft in einer Wertegemeinschaft wie der EU nicht mehr denkbar ist. Gleichzeitig gibt es auch Staaten, die bereits Mitglieder der EU sind und sich immer weiter von den gemeinsamen Grundwerten entfernen, wie Polen und Ungarn.

Keine EU ohne solide Finanzen

Doch neben den gemeinsamen Werten spielt auch eine solide Haushaltspolitik eine zentrale Rolle für eine nachhaltige EU, insbesondere, wenn eine EU-Mitgliedschaft mit einer Mitgliedschaft in der Währungsunion einhergehen soll. Wohin eine Aufweichung dieser Kriterien führt, hat man bei Griechenland gesehen und sieht es noch immer.

Maastricht-Kriterien nicht ohne Grund

Es scheint ganz so, als gäbe es nun inzwischen ausreichend Beispiele, die belegen, warum die Maastricht-Kriterien für einen Beitritt zur EU gut begründet sind. Ein Kriterium aber scheint hier aus der Reihe zu fallen. Die geografische Zugehörigkeit zum europäischen Kontinent. Es ist kaum vorstellbar, dass dieses Kriterium in Zeiten der Digitalisierung und Globalisierung ein Hemmnis für eine prosperierende EU-Mitgliedschaft darstellen könnte. Auch erschließt sich, anders als bei Grundwerten oder finanzieller Stabilität, nicht, wie eine Gefahr für die EU durch eine geografische Entfernung entstehen könnte. Warum sollte eine Vorzeigedemokratie mit einem soliden Haushalt und einer stabilen Wirtschaft nicht Mitglied der EU werden können?

EU-Erweiterung ohne Grenzen

Auf diese Frage habe ich bisher noch keine plausible Antwort gefunden. Warum sollten Länder wie Australien, Neuseeland, Costa Rica, Israel oder Kanada nicht auch Mitglied der EU werden können? Die Vorteile liegen auf der Hand: ein größerer Binnenmarkt, Niederlassungsfreiheit, Harmonisierung von Standards und Normen, gemeinsame Forschungs-, Umwelt-, Landwirtschafts-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik. Die Möglichkeiten sind unbegrenzt und auch das dahinterstehende Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft. Vielleicht könnte über einen langen Zeitraum die EU sogar das schaffen, was die UN inzwischen nicht mehr kann: eine weltweite Reformkraft werden und nicht nur im geografischen Europa Frieden, Wohlstand und Fortschritt sichern, sondern weltweit dazu beitragen. Wenn all dies mit der strengen Einhaltung der Maastricht-Kriterien und harten Sanktionen gegen Vertragsverletzungen einhergeht, hat diese Zukunftsvision vielleicht eine Chance, die Welt zu verbessern.

PRO

Patrick Guidato (33), promovierter Biochemiker und Wissenschaftsmanager, ist Bezirksvorsitzender der JuLis Ruhrgebiet. Er ist überzeugter Europäer und kämpft für eine liberale Politik mit Zukunftsvisionen. Ihr erreicht ihn unter: **patrick.guidato@googlemail.com**

Was ist dran am Demokratiedefizit?

In einer Demokratie muss alles staatliche Handeln demokratisch legitimiert sein, also auf den Willen der Staatsbürger zurückführbar sein. Für die EU wird das häufig mit dem Schlagwort „Demokratiedefizit“ bestritten. Viele halten die „Brüsseler Bürokratie“ für den Inbegriff einer bürgerfernen, abgehobenen Elite, und der Politikwissenschaftler Yascha Mounk zieht die EU in seinem 2018 erschienenen Werk „Der Zerfall der Demokratie“ als Beispiel für einen „undemokratischen Liberalismus“ heran. Rechte und linke Populisten machen sich diese Stimmung zunutze, um die EU als solche zu bekämpfen. Dies verlangt eine Verteidigung der EU-Institutionen ebenso wie eine kritische Bestandsaufnahme, um berechtigter Kritik mit konstruktiven Reformvorschlägen entgegnen zu können.

Neue Aufgaben, alte Institutionen

Die Organe der EU stammen aus einer Zeit, als die Kompetenzen der Europäischen Union und ihrer Vorläufer aus heutiger Sicht minimal waren. Die Kommission sollte keine Regierung sein, sondern war zunächst nicht mehr als ein Sekretariat, wie es internationale Organisationen kennen. In der Anfangszeit war es deshalb auch verständlich, dass die Kommission diejenige Stelle ist, welche als „Hüter der Verträge“ gegenüber den Mitgliedstaaten auf die Einhaltung europäischen Rechts achtet. Heute dagegen ist die Kommission selbst in erheblichem Umfang an der Rechtssetzung in der EU beteiligt, ein mächtiger Akteur geworden. Dass sie nicht gleichzeitig eine neutrale Aufsicht sein kann, ergibt sich von allein. Der Bundesregierung eine solche Rolle zuzuerkennen, würde wohl jeden überraschen. Aus der Zeit eines eher lockeren Zusammenschlusses von sich weiterhin als souverän ansehender Staaten stammt auch das Machtgefälle zwischen Parlament und Rat. Während die Volksvertretung bzw. das Unterhaus in einem parlamentarischen System sonst die mächtigere Kammer ist, kommt der Vertretung der Gliedstaaten oder dem Unterhaus meist eine weniger bedeutsame Rolle zu. Verkompliziert wird das Ganze zudem durch die schon sprachlich kompliziert wirkende Aufteilung der Staatenvertretung in den Rat der Europäischen Union (Ministerrat) und den Europäischen Rat. Weitgehend unverändert ist auch der Europäische Gerichtshof (EuGH), obwohl dieser inzwischen auch die Aufgaben eines europäischen Verfassungsgerichtshofs wahrnimmt.

Den Parlamentarismus stärken

Das Demokratiedefizit der EU wird häufig beim schwachen Parlament und seinem fehlenden Initiativrecht festgemacht. In Wahrheit ist das Initiativrecht eher von geringer Bedeutung; in Deutschland stammen beschlossene Gesetzesentwürfe oft nur formal aus den (Regierungs-)Fraktionen, um die für Vorlagen der Bundesregierung vorgesehenen Fristen zu umgehen. Die Anhörung der Kandidaten für die Ämter der einzelnen Kommissare ermöglicht sogar faktisch eine intensivere Kontrolle als in vielen Mitgliedstaaten, wo nur der Regierungschef gewählt wird. Dass der Kommissionschef direkt vom Parlament ohne Mitwirkung des Europäischen Rates gewählt werden muss, ist wichtig, ebenso wie ein Initiativrecht gerade für die Oppositionsarbeit sinnvoll ist. Wichtiger als diese formalen Korrekturen wäre allerdings die Ausbildung einer echten Polarität aus Mehrheitsfraktionen und Opposition. Diese fehlt aktuell, weswegen das Parlament nicht diejenige Rolle ausüben kann, die ihm eigentlich zukommt.

Auf der Gegenseite ist festzuhalten, dass die Staats- und Regierungschefs bzw. die Minister der Mitgliedstaaten natürlich durch ihre nationalen Wahlen legitimiert sind, genauso wie die Mitglieder des Deutschen Bundesrates etwa. Die komplizierte Struktur könnte durch ein einheitliches Organ gelöst werden, etwa ein Bundesratsmodell mit Fachausschüssen wie in Deutschland vorhanden. Entscheidend ist hier nicht so sehr die weitere Kompetenzverlagerung an das Parlament, sondern vor allem die Stärkung von Transparenz und Rechenschaftspflicht der Entscheidungsfindung. Allzu oft kritisieren Parteien und Regierungen Entscheidungen von „denen in Brüssel“, denen sie selbst im Rat zugestimmt haben. Das Abstimmungsverhalten der eigenen Regierung wird nur selten öffentlich debattiert, der Streit um die Zulassung von Glyphosat war da eine Ausnahme. Die Mitwirkung auf EU-Ebene ist inzwischen oft wichtiger als die originäre nationale Rechtsetzung. In diesem Sinne muss sich auch die Öffentlichkeit mit ihrem Fokus verändern.

Die dritte Gewalt stärken

Der Europäische Gerichtshof weist ein strukturelles Problem auf. Er entscheidet gleichzeitig über die Kompetenzverteilung von Mitgliedstaaten und EU und legt das EU-Recht aus. Die Ursache für eine tendenziell die Kompetenzen des Zentralstaates stärkende Rechtsprechung ist hier teilweise angelegt. Es bedarf daher eines für Kompetenzstreitigkeiten zuständigen Spruchkörpers innerhalb des EuGH sowie grundsätzlich eine Trennung von ordentlicher und Verfassungsgerichtsbarkeit. Organstreitigkeiten gehören auch vor einen gesonderten Spruchkörper. Zudem dürfen die Richter nicht mehr wiedergewählt werden. Aktuell sind einige Richter seit über 15 Jahren, der dienstälteste seit 2002, im Amt. Stattdessen sind fixe Amtszeiten einzuführen und eine Wiederwahl nicht mehr zu ermöglichen. Sinnvoll wären hier zum Beispiel 12 Jahre, das Doppelte der aktuellen Amtsdauer. Solche Reformen könnten dazu

Marc Bauer (24) ist Jurist und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft, Energie und Finanzen. Ihr erreicht ihn unter: **marc.bauer@julis.de**

beitragen, den EuGH zu einem ausgewogeneren Akteur im Institutionengefüge zu machen.

EZB – Unabhängigkeit vollenden!

An der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) wird seit Langem von liberaler Seite Kritik geübt. So richtig dies in der Sache ist und umso kritischer generell das staatliche Währungsmonopol zu sehen ist, so muss doch eines klargestellt werden: Die Unabhängigkeit der EZB ist kein Makel, sondern ein Erfolg. Die Deutsche Bundesbank hat über Jahrzehnte gegen allen Druck der jeweiligen Regierung standgehalten und eine stabile Währung sichergestellt.

Problematisch ist primär der politische Kurs, den die übrigen europäischen Organe finanzpolitisch eingeschlagen haben. Da die Rechtmäßigkeit des EZB-Handelns durch den EuGH überprüfbar ist und dies im Rahmen der oben vorgeschlagenen Maßnahmen auch effektiver als bisher zu erwarten ist, sollte die Unabhängigkeit nicht aufgeweicht, sondern weiter gestärkt werden. Die EZB darf nicht Teil der Verfügungsmasse für Personalabsprachen der Staats- und Regierungschefs sein. Der Europäischen Zentralbank soll daher ein Selbstwahlrecht ihres Direktoriums seitens des EZB-Rates eingeräumt werden.

Darüber hinaus soll, um die Unabhängigkeit der EZB und ihres Rates zu wahren und diesen vor (un-)mittelbarem Einfluss durch die Politik zu schützen, die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbankpräsidenten durch geeignete Instrumente gestärkt werden, beispielsweise durch ein Verbot der Wiederwahl nach einer Amtszeit.

Ein starkes Europa – auch nach den Europawahlen!

Die Europawahlen stellen die Weichen für die Zukunft der EU. Zusammen mit den liberalen Partnern in der EU müssen die Freien Demokraten für ein Europa kämpfen, das das Mandat seiner Bürger bekommt, Europas Probleme zu lösen. Im Europäischen Parlament ist es an den Liberalen, die lähmende Große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten aufzubrechen und einen echten politischen Wettbewerb um die besten Ideen aufkommen zu lassen. Das ist auch das beste Mittel, um die Populisten von rechts und links in die Schranken zu weisen.

Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine. Diese Worte Genschers sollten Leitmotiv einer auch institutionellen Erneuerung Europas werden. Denn an der EU ist mitnichten alles schlecht, wie manche meinen. Kämpfen wir dafür, sie noch besser zu machen!

Bildnachweis: stockadobe.com

Politik ohne Worte

Svenja Hahn

Jahrgang 1989

Präsidentin des LYMEC (Dachverband europäischer liberaler Jugendorganisationen)

Wie hast du reagiert, als das EP für Artikel 11 und 13 (jetzt 17) gestimmt hat?

Wie würdest du reagieren, wenn du mit Alexander Gauland im Aufzug stecken bliebst?

Was für einen Beruf hast du?

5

Was hältst du von Freihandel?

Teilst du die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Armee?

Svenja Hahn (29) ist die Spitzenkandidatin der Jungen Liberalen zur Europawahl und kandidiert auf der Bundesliste der FDP auf Rang zwei. Sie ist zudem Präsidentin des Dachverbandes europäischer liberaler Jugendorganisationen LYMEC. Bildung in Europa, Handel mit der Welt und eine demokratische EU – für all das setzt sie sich als unsere Spitzenkandidatin ein. Ihr erreicht sie unter: **svenja@lymec.eu**

Ein Europa,
das Zukunftsfragen angeht

Seit etwas über einem Jahr im nordrhein-westfälischen Landtag, jetzt Spitzenkandidat der FDP NRW für die Europawahl und bald vielleicht jüngster Abgeordneter im EU-Parlament? Wo auch immer unser ehemaliger JuLi-Landesvorsitzender Moritz Körner hingeht, eins ist garantiert: Frischen Wind und Mut zu Großem bringt er nicht nur mit, sondern fordert er auch ein. Wie genau, lest ihr im Folgenden.

Isabel: Du bist mittlerweile sowohl bei den JuLis als auch in der FDP schon länger dabei und ein sehr bekanntes Gesicht. Was hat dich denn damals bewogen, in die Politik zu gehen, und wieso FDP?

Moritz: Das war damals in der Oberstufe, als ich etwa 16 bis 17 Jahre alt war. Da stehen dann für einen selbst die ersten Wahlen an und ich fing an, mich für Politik zu interessieren. Ich fand von allen Parteien damals die FDP am spannendsten, aber war noch nicht hundertprozentig überzeugt, weil ich fand, dass die FDP damals unter Westerwelle sehr viel auf Steuerpolitik gesetzt hat. Dann bin ich aber auf die Internetseite der JuLis gestoßen und hab dort eine Rede von Johannes Vogel bei YouTube gesehen, der eben genau das gesagt und dafür gestritten hat, dass die FDP auch andere Schwerpunkte setzen muss. Und das hat mich begeistert, sodass ich dann direkt auf der Internetseite den JuLis beigetreten bin.

Isabel: Und der Rest ist Geschichte, wie man sieht: Du bist Spitzenkandidat der FDP NRW für die anstehende Europawahl am 26. Mai. Was ist deine Vision für Europa und deine Motivation, dich für die EU einzusetzen?

Moritz: Zunächst einmal ist es für mich eine Ehre, bei der Europawahl antreten zu dürfen, weil ich glaube, dass die großen Zukunftsfragen, die jetzt anstehen, nur gemeinsam mit der Europäischen Union gestaltet werden können. Ob digitaler Wandel, Klimaschutz, die Flüchtlingssituation oder Migration im Allgemeinen: All diese Fragen können nur europäisch gelöst werden. Und das ist eine Riesenmotivation, mich genau dafür einzusetzen. Ich will eine EU, die diese Zukunftsfragen angeht, die stark ist in den großen Fragen, aber auch die Stärke hat, sich nicht in jede kleine Frage des Alltags einzumischen und solche Fragen auch ganz selbstbewusst den Nationalstaaten, Bundesländern und Kommunen überlassen kann. Für so eine EU möchte ich kämpfen.

Isabel: Glaubst du, Deutschland macht gerade zu wenig und ist zu passiv in Sachen EU? Gerade auch bei Fragen der zukünftigen Gestaltung der EU ist Macron schon mit mehreren Aufschlägen vorangegangen, die Große Koalition reagiert darauf aber, wenn überhaupt, nur spärlich. Glaubst du, da müssen wir mehr tun?

Moritz: Ich glaube, es ist eine große Aufgabe Deutschlands, nicht die EU so zu gestalten, wie wir Deutschen es wollen, sondern unterschiedliche Länder zusammenzubringen. Hans-Dietrich Genscher hat immer gesagt, dass wir uns auch um die kleinen Länder kümmern und ihnen auch zuhören müssen. Und ich glaube, uns als Land in der Mitte Europas fällt auch die Aufgabe zu, verschiedene Interessen auszugleichen, ob zwischen Nord- und Südeuropa oder West- und Osteuropa. Daher hoffe ich, dass bald auch endlich die Impulse von Macron aufgenommen werden und die Bundesregierung spätestens zur nächsten Ratspräsidentschaft Deutschlands im Jahr 2020 im Europarat aktiver wird. Im Moment wird aktive Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten noch viel blockiert, was man ja zum Beispiel beim Thema Migration sieht, und diese Blockade

Isabel Kraemer (18) ist Medizinstudentin und Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf. Im JULIMAGAZIN ist sie Ressortleiterin für Interviews. Erreichen könnt ihr sie unter: **isabel.kraemer@julis.de**

müssen wir überwinden, damit wir europäische Lösungen erreichen können.

Isabel: Im Moment dominiert vor allen Dingen ein Thema die Medien: der Brexit. Nachdem Theresa Mays Deal nun insgesamt dreimal abgelehnt wurde und auch die indikativen Voten im Unterhaus keine Mehrheit bekommen haben, heizt die Stimmung in Großbritannien spürbar weiter auf, und das Unverständnis in der Bevölkerung wächst. Glaubst du, es gibt einen Weg aus dem Brexit-Chaos heraus oder müssen wir mit ansehen, wie Großbritannien in einen ungeordneten Brexit stürzt?

Moritz: Ich glaube immer noch, die beste Lösung wäre kein Brexit, und hoffe demnach, dass die Bürger im Rahmen eines zweiten Votums noch einmal eine Chance bekommen, sich doch noch für den Verbleib in der EU auszusprechen. Dafür kämpfen unsere Freunde der Liberal Democrats ja schon seit dem Brexit-Referendum. Allerdings halte ich es nicht für besonders realistisch, dass das gelingen wird. Aber abgesehen davon denke ich auch, dass Vorhersagen über den Verlauf des Brexits momentan unglaublich schwer sind. Eine Sache merkt man jedoch: dass den Bürgern Europas durch den Brexit bewusster wird, was die EU an Errungenschaften bereits erzielt hat und was auf EU-Ebene schon gut organisiert ist, wir aber im Alltag gar nicht unbedingt immer merken. Die Zustimmung in allen anderen europäischen Ländern hat nach dem Brexit auch deutlich zugenommen, sodass der Brexit neben allen anderen schlechten Seiten auch einen guten Aspekt hat, nämlich dass das Bewusstsein für Europa durch den Brexit stärker wird.

Isabel: Glaubst du denn, man müsste die Bürger Europas generell, zum Beispiel mithilfe guter Öffentlichkeitsarbeit, mehr darauf aufmerksam machen, was die EU überhaupt für den Einzelnen bedeutet, und ein Bewusstsein dafür schaffen, was die EU für Errungenschaften gebracht hat?

Moritz: Ich glaube schon, dass wir besser verkaufen müssen, was die EU tatsächlich leistet, aber ich glaube, dass wir vor allem zu einer Debatte kommen müssen, was die Zukunft bringen soll. Wir müssen endlich auch auf EU-Ebene über unterschiedliche Politik streiten, weil der Europa-Wahlkampf momentan eher einer EU-Werbeveranstaltung gleicht. Ich glaube, das ist ein Problem, weil dann zum einen die Unterschiede zwischen den Parteien nicht so klar werden und zum anderen das Projekt Europa bei jeder politischen Entscheidung, die einem nicht so gefällt, ein Stück weit infrage gestellt wird. Deswegen müssen wir mehr zu einer inhaltlichen Debatte zwischen den Parteien kommen und etwas weg von den typischen PR-Maßnahmen dazu, was die EU denn alles für die Bürger tut.

Isabel: Ein anderes brisantes Thema der aktuellen politischen Debatte ist die EU-Urheberrechtsreform mit dem Artikel 13 bzw. 17, der zu den sogenannten Uploadfiltern in sozialen Medien führen könnte. Das Parlament hat dieser Reform ja bereits zugestimmt, trotz erheblichem Widerstand und zahlreichen Protesten der jungen Generationen. Denkst du, die EU hat mittlerweile das Gespür für die jungen Leute verloren?

Moritz: Ich glaube schon, dass dort Politiker einer älteren Generation versuchen das Internet zu regulieren, die es noch nicht verstanden haben, oder zumindest die Lebenswelt von jungen Menschen, die ja sehr stark digital stattfindet, nicht verstehen. Das ist ein Problem, und deshalb möchte ich ja auch in das EU-Parlament, damit dort eben auch junge Politiker und damit junge Positionen und junge Anliegen vertreten sind. Und auch wenn die Abstimmung letztendlich nicht so gelaufen ist wie erhofft, haben die Demonstrationen trotzdem etwas gebracht. Am Ende haben immerhin 2/3 der deutschen Europaabgeordneten dagegen gestimmt. Nur war das leider in anderen EU-Staaten wie Frankreich oder Italien nicht der Fall.

Isabel: In den niederländischen Provinzwahlen ist Thierry Baudet mit seiner neuen Partei „Forum für Demokratie“, die dem rechtspopulistischen Spektrum zuzuordnen ist, als Sieger hervorgegangen. Somit gibt es nun neben Geert Wilders’ „Partei für die Freiheit“ eine weitere ernst zu nehmende rechte Kraft in den Niederlanden. Dieser Rechtsruck ist in anderen EU-Ländern auch nicht abzustreiten, also ein Phänomen, das die ganze EU betrifft. Was, glaubst du, ist der Grund dafür, dass gerade in Ländern, in denen es makroökonomisch glänzend aussieht, dennoch die politischen Ränder weiter gewinnen?

Moritz: Also zunächst einmal ist es ein Widerspruch zu dem, was die Sozialdemokraten und Linken immer sagen, nämlich, dass wir ein sozialeres Europa brauchen, damit wir die Rechtspopulisten klein machen. Ich glaube, die Niederlande ist hier ein guter Beweis für das Gegenteil: Dort ist die Wirtschaftskraft gut und die Sozialsysteme sind auch gut ausgebaut. Insofern wird deutlich, dass dies nicht das einzige Mittel gegen Rechtspopulismus sein kann. Ich glaube eher, ein Grund für den Unmut der Leute, zumindest auf EU-Ebene, ist, dass viele das Gefühl haben,

Moritz Körner (28) ist seit 2017 Mitglied des Landtages in NRW. Bis 2018 war er Landesvorsitzender der JuLis NRW. Nun kandidiert er als Spitzenkandidat der FDP NRW für das Europaparlament (Listenplatz vier). Ihr erreicht ihn unter: **moritz.körner@landtag.nrw.de**

6

die EU kümmert sich nicht um die großen Probleme, aber mischt sich in die kleinen Angelegenheiten im Alltag ein. Und diese Wahrnehmung ist zumindest bei den großen Fragen nicht ganz falsch. Wir lösen die Fragen zur Migration nicht, wir lösen die Probleme mit dem Klimawandel nicht, die EU schafft es auch nicht, in einer globalpolitisch unsichereren Welt mit Trump, mit Erdogan und Putin, klarer zusammenzuhalten und mit einer Stimme zu sprechen. Ich glaube, wenn man diese Probleme anpacken würde und dort entschlossen als EU handeln würde, würden nicht nur die Probleme kleiner, sondern auch die Populisten.

Isabel: Nun zuletzt ein harter Cut und eine etwas entspannendere Frage: Hast du ein europapolitisches Vorbild, das dich motiviert weiterzuarbeiten? Wenn ja, wer ist das bei dir?

Moritz: Ich finde es immer schwierig, genau eine Person auszusuchen und zu sagen „Das ist mein Vorbild“. Ich lasse mich lieber von verschiedenen Personen inspirieren. Ich glaube, wir hatten zum einen mit Alexander Graf Lambsdorff einen hervorragenden Europa-Abgeordneten. Wen ich auch hervorragend finde in der Europapolitik, ist Margrethe Vestager und ich hoffe auch, dass sie Kommissionspräsidentin wird nach der Europawahl. Ebenso Guy Verhofstadt und auch Westerwelle. Also ich glaube, eine Mischung aus diesen vier ist in der europäischen Politik ganz spannend.

Warum Europa für Umweltschutz so wichtig ist

Laut Umfragen sind 75 % der Deutschen für die Erhaltung des Hambacher Forstes. Dabei sind sich die wenigsten im Klaren, welche fatalen ökonomischen und ökologischen Folgen dieses Vorgehen hätte. Dass beim Klimaschutz gerade Europa die Antwort ist, spielt in der öffentlichen Debatte, die leider zu häufig von populistischen und ideologischen Forderungen geprägt ist, kaum eine Rolle. Auf der Suche nach der besten Lösung habe ich mir auch angehört, was die Profis und jene, die so scheinen, dazu zu sagen haben.

Anfang 2019 sahen fast die Hälfte aller Bundesbürger die größte Kompetenz im Bereich der Umweltpolitik bei den Grünen. Diese fordern in ihrem Europawahlprogramm, Haushalten, die sich die steigenden Strompreise nicht leisten können, finanziell unter die Arme zu greifen. Außerdem sollen Menschen, die auf Flugreisen verzichten oder sich vegan ernähren, finanziell unterstützt werden. Lediglich 4,2 % der Befragten sahen die größte Kompetenz bei der FDP, hinter der AfD, die gar kein umweltpolitisches Konzept hat, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Natürlich kreuzen die meisten, die den menschengemachten Klimawandel leugnen, bei derartigen Umfragen die AfD an. Jedoch kann unser Anspruch, gerade bei einem in meinen Augen ziemlich ausgereiften umweltpolitischen Konzept unserer Partei, nicht unter der 5%-Hürde liegen. Deshalb müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern unsere Konzepte besser und verständlicher erklären und schmackhaft machen. Nicht Verzicht, Subventionen oder Verbote sind die besten Antworten, sondern vielmehr neue Technologien, kluge Wirtschaftspolitik und das Verstehen ökonomischer Zusammenhänge.

Letztere sind vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht klar und ihnen offenbar schwieriger zu vermitteln als ein sofortiger Kohleausstieg. Beispielsweise wissen viele nicht, dass die finanzielle Unterstützung erneuerbarer Energien durch höhere Strompreise vollkommen unwirksam ist, auch wenn sie sich für viele Wählerinnen und Wähler plausibel anhört. Eine Tatsache, auf die führende Ökonomen und auch die Freien Demokraten immer wieder hinweisen, ist der seit 2005 geltende Emissionshandel der Europäischen Union, der eine der größten Errungenschaften dieses Einigungsprojekts ist. Warum? Weil mittlerweile fast die Hälfte der Emissionen bzw. Emissionsrechte mit dem Ziel, diese zu minimieren, hier gehandelt werden. Aktuell liegt ein Recht für den Ausstoß von einer Tonne CO_2 bei etwas über 20 Euro. Das bedeutet, dass Unternehmen alle Maßnahmen ergreifen werden, die unter diesem Preis liegen, um diese Tonne einzusparen und nachher das eingesparte Zertifikat zu verkaufen. Das führt dazu, dass die günstigste Lösung gefunden wird und, da die Ausgabe der Zertifikate an umweltpolitische Ziele gebunden ist, marktwirtschaftlich klug die Umwelt geschützt wird.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, welches 2000 unter der rot-grünen Bundesregierung in Kraft getreten ist, führt dazu, dass unser Strompreis mittlerweile doppelt so hoch wie in Frankreich ist und dabei kein einziges Gramm CO_2 eingespart wird. Die konventionellen Kraftwerke in Deutschland verkaufen sämtliche Zertifikate, die sie nicht mehr benötigen, an andere Kraftwerke in Europa, die dann das Kohlenstoffdioxid ausstoßen, welches hierzulande teuer vermieden wurde. Doch es kommt noch schlimmer: Durch das nun erhöhte Angebot an Zertifikaten sinken die Preise und Anbieter erneuerbarer Energien im Rest Europas haben es durch sinkende Kosten konventioneller Anbieter schwerer, wettbewerbsfähig zu bleiben. Die enormen Rückwirkungen dieser Subventionen werden von vielen Politikern verschwiegen. Auch bei der Debatte um den Hambacher Forst wird häufig davon ausgegangen, dass die Erhaltung einen großen Beitrag für das Klima leisten würde. Jedoch macht auch hier der Emissionshandel nationale Alleingänge vollkommen unwirksam. Das bedeutet, dass wir Lösungen brauchen, die gemeinsam mit dem Emissionshandel funktionieren.

Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass im Europawahlprogramm der FDP die Ausweitung des Emissionshandels ein zentraler Bestandteil ist, da natürlich sämtliche Emissionen, beispielsweise auch in der Schifffahrt, abgedeckt werden sollten.

Auch Initiativen zu einem weltweiten Emissionshandel werden als langfristige Lösung erwähnt.

Ein starkes Europa sollte alles dafür tun, global einen Emissionshandel zu etablieren. Hierbei kann unser europäisches Modell als Vorbild dienen. Wenn wir in diesem Bereich mit einer Stimme sprechen, wird es uns möglich sein, nach der Vereinbarung der Klimaziele in Paris 2015 endlich ein wirksames und globales Werkzeug für die Einhaltung der gemeinsamen Absichten umzusetzen.

Natürlich gehören zu wirksamer Umweltpolitik auch neue Technologien und Innovationen. Diese sind besonders bei der Speicherung von Strom notwendig. Während grüne Politiker das Problem starker Schwankungen der Stromzufuhr erneuerbarer Energien herunterspielen, warnen Wissenschaftler vor Blackouts und fordern, Speichertechnologien stärker in den Blick zu nehmen. Das größte Problem sind dabei nicht die Schwankungen an einem Tag, sondern vielmehr saisonale, welche in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielen. Diese auszugleichen, ist Kernaufgabe der Energiespeicher. Während im EU-Haushalt 2015 41% für Agrarpolitik ausgegeben wurde, wurden nur 12% in Innovation und Forschung investiert. Anstatt die Landwirtschaft zu subventionieren, sollte Forschung vor allem im Bereich der Speichertechnologien für Strom zentrales Anliegen der Europäischen Union sein. Da auch beispielsweise in China und den USA in Wind- und Solarkraftanlagen investiert wird, sollten wir in Europa die Speichertechnologien bereitstellen, die in Zukunft so dringend benötigt werden. Die Voraussetzung dafür ist eine mutige und zukunftsorientierte Politik, die Forschung unterstützt.

Bildnachweis: stockadobe.com

Mittlerweile ist Umweltpolitik, nicht zuletzt durch die „Fridays for Future“-Demonstrationen, ins Zentrum der politischen Debatte gerückt. Während die Folgen der Flüchtlingskrise 2015 die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl massiv beeinflusst haben, wird der Klimaschutz für diese Europawahl ein zentrales Thema sein. Auch durch unsere Konzepte für eine bessere Einwanderungspolitik waren wir 2017 so erfolgreich und sind wieder in den Bundestag eingezogen. Nicht mit populistischen Forderungen nach Abschottung, sondern mit differenzierten Positionen und klugen Ideen für kontrollierte Einwanderung und gleichzeitige Weltoffenheit konnten wir die Wählerinnen und Wähler der demokratischen Mitte gewinnen.

Euch als Junge Liberale möchte ich dazu auffordern, unsere Ideen für einen wirksamen Klimaschutz neben anderen Themen noch stärker in die Debatten einzubringen und zu zeigen, dass es auch eine marktwirtschaftliche und kostengünstige Antwort auf die wichtigste Frage unserer Zeit gibt. So werden wir sicherlich auch in Sachen Umweltkompetenz über die 5%-Hürde gelangen und erfolgreich bei dieser so wichtigen Europawahl sein.

Simon Spieß (16) ist Bezirksvorsitzender der Liberalen Schüler Ruhr. Er geht aktuell in Dortmund zur Schule . Ihr erreicht ihn unter:
simon.spiess@julis.de

Warum die EZB den Leitzins erhöhen muss …

Warum der Leitzins für uns alle wichtig ist!
Die Europäische Zentralbank (EZB) legt einen Leitzins fest, an dem sich dann die nationalen Notenbanken orientieren. Dieser liegt für die Hauptfinanzgeschäfte momentan bei 0,00 % und für Einlagen sogar bei -0,4 %.

Der Niedrigzins ist vor allem für wirtschaftlich schwächere Länder wie Italien gut, denn Kredite sind günstig und einfach zu bekommen und sparen lohnt sich sowieso nicht, denn die Banken verzinsen angespartes Geld nicht. Für uns, ein Volk, welches wirtschaftlich stark und für höhere Spareinlagen bekannt ist, ist der Leitzins der EZB eher unpassend.

8

Warum ist es für uns eher negativ?
Die Zinsen und Konditionen, die die EZB vorgibt, werden von den Banken an uns Kunden weitergegeben. Ist ja auch klar, wenn ich Strafe zahlen muss, um Geld irgendwo abzulegen, muss auch jeder bei mir Strafe zahlen, wenn er es bei mir ablegt. Viele von uns werden von einem Strafzins wahrscheinlich direkt nichts mitbekommen, denn der wird erst ab sehr hohen Beträgen, meist im siebenstelligen Bereich (wobei das von Bank zu Bank variiert), an den Kunden „übertragen“. Woran wir aber die geldpolitischen Maßnahmen der EZB merken, ist an unseren Tagesgeldkonten oder an unseren Sparbüchern, denn wir bekommen kaum bis keine Zinsen auf gespartes Vermögen. Die einzige Ausnahme hier sind Bausparverträge, die vor der Niedrigzinsphase abgeschlossen wurden, denn hier hat man einen festen Zinssatz.

Für Sparer kommt die Inflationsrate, die in diesem Jahr bei 1,2 % liegt, erschwerend hinzu, denn diese lässt den Wert ihres angesparten Geldes sinken. Sparen würde sich also nur dann lohnen, wenn man einen Zinssatz hätte, der leicht höher als die jährliche Inflationsrate wäre.

Was machen nun die Leute, die sonst immer gespart haben?
Viele suchen nach Möglichkeiten, ihr Geld woanders zu investieren, und machen das besonders durch den Kauf von Immobilien. Und genau hier ist der Punkt, wo wahrscheinlich jeder von uns, früher oder später, eine Veränderung spürt. Die Mietpreise werden immer teurer, denn die Kaufpreise werden es auch. Logisch; viele Leute wollen Immobilien, das Angebot ist begrenzt, also steigen die Preise.
Typische Reaktion auf eine Übernachfrage eines Gutes. Hat man dann ein Haus zu Investitionszwecken erstanden, wird der hohe Kaufpreis durch die Miete wieder reingeholt. Das merken wir dann an unseren Mieten, besonders in Großstädten.

Können wir 2019 noch auf eine Veränderung des Leitzinses hoffen?
Wahrscheinlich nicht. Ursprünglich war geplant, dass die Zinsen bis über den Sommer 2019 unverändert bleiben, aber dieser Zeitraum wurde jetzt bis mindestens Ende des Jahres verlängert. Das heißt, dass sich nationale Notenbanken Geld von der EZB zum Nulltarif leihen können, während Einlagen von Finanzinstituten mit einem Strafzins von 0,4 % belegt werden. Außerdem soll im September ein Programm starten (TLTRO), welches Geschäftsbanken ermöglicht, zu sehr günstigen Konditionen langfristige Kredite zu nehmen.

Jessica Bremes (19) studiert Volkswirtschaftslehre und ist Beisitzerin der JuLis Solingen. Finanzmarktpolitische Themen interessieren sie besonders. Ihr erreicht sie unter: **mj.bremes@gmail.com**

Aber warum hält man daran fest?

Man hofft, dass so mehr Geld auf dem Markt ist, da sich sparen nicht lohnt. Die logische Konsequenz wäre, dass die Menschen mehr konsumieren und somit die Konjunktur in der Eurozone angekurbelt wird. Diese hat es nämlich dringend nötig. Internationale Handelskonflikte bremsen den Welthandel, selbst das chinesische Wirtschaftswachstum ist an einem der niedrigsten Werte der letzten drei Jahrzehnte. Von Konflikten innerhalb der EU wie z. B. dem Brexit brauch ich gar nicht erst anzufangen.

Politische Stärke und Stabilität eines Wirtschaftsraumes ist also dringend nötig. An der Stelle kann ich also nur an euch alle appellieren: Geht zur Europawahl und wählt für ein freies, offenes und wirtschaftlich starkes Europa. Ein Europa, das für wirtschaftliche Zusammenarbeit offen ist, das für freien Handel einsteht!

Bildnachweis: Stockadobe.com

Unsere Asse für Europa

Name: Paavo Czwikla
Alter: 24
Wahlkreis: Münster

Deshalb kandidiere ich für Europa:
Die Präsenz von Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort ist für den Erfolg bei der Wahl in meinen Augen entscheidend. Deshalb war für mich klar, dass ich unseren Bezirkskandidaten der FDP gerne nach Kräften unterstütze. Der Lohn: Reisen in die schönsten Orte des Münsterlands zu hochklassigen Podiumsdiskussionen vor hochmotiviertem Publikum.

Dieses Thema muss als Erstes angegangen werden:
Essenziell ist für mich eine strukturelle Reform der EU. Wahlkreise, Parlament, Kommission, GASP: Die Liste ist lang. Die Beantwortung dieser Fragen erleichtert dann auch die inhaltliche Arbeit.

An der EU nervt mich ...
ihr schlechtes Image. Wie etwa das Thema Uploadfilter zeigt, mag einiges davon selbst verschuldet sein. Dennoch hat die EU in der Wahrnehmung vieler ein negatives Bild, das ihren Verdiensten nicht gerecht wird.

2050 ist Europa ...
hoffentlich (weiterhin) mehr als ein Kontinent: ein Symbol für freiheitliche Werte, Menschenrechte, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Die EU sollte allerdings nicht mit Europa gleichgesetzt werden: Für Letztere erhoffe ich mir eine zumindest partiell vertiefte Union, gemäß dem Prinzip des Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten. Best-Case-Szenario: Die Britischen Inseln gehören nicht nur geografisch zu Europa.

Mein größtes Vorbild:
Historisch-philosophisch wären das vermutlich John Locke, ein britischer Philosoph, der das private Recht auf Eigentum, die Gewaltenteilung und das Widerstandsrecht gegen den Staat begründet hat, sowie Alexander Hamilton, der als Waise auf der karibischen Insel Nevis aufwuchs, um dann einer der bedeutendsten Gründerväter der USA zu werden (und aufgrund seiner spitzen Zunge in einem Duell zu sterben). Zeitgenössisch-politisch war ich immer Fan von Guido Westerwelle und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Wäre Europa ein Tier, es wäre ...
der griechischen Mythologie folgend wohl ein Stier! Wenn man die vielen Eigenheiten der einzelnen europäischen Kulturen berücksichtigt, denke ich aber eher an eine Katze ...

Wenn ich Günther Oettinger treffe, dann ...
am liebsten mit einem Paintballgewehr, natürlich im fairen sportlichen Wettkampf. Sollte das nicht hinhauen, erkennt er mich hoffentlich wenigstens als Landsmann und fängt nicht an, Englisch zu sprechen.

Name: Clarisse Höhle

Alter: 28

Wahlkreis: Düsseldorf

Deshalb kandidiere ich für Europa:
Weil diese Europawahl an Wichtigkeit nicht übertroffen werden kann. Gerade unsere Generation muss jetzt ohne populistische Lösungen an einem starken Europa arbeiten, das gemeinsam in allen Sektoren stärker ist. Die digitale Transformation und der Umweltschutz sind nur zwei Beispiele für Bereiche, in denen man nur gemeinsam viel mehr erreichen kann.

Dieses Thema muss als Erstes angegangen werden:
Die Arbeit an einem europäischen Einwanderungsgesetz sollte schnell beginnen. Zunächst einmal sollte dafür die Möglichkeit bestehen, dass eine europaweite Arbeitsplatzsuche und einheitliche Dokumente, die bereits im Ausland angefordert werden können, etabliert werden.

An der EU nervt mich ...
das Einstimmigkeitsprinzip und in weiten Teilen eine mangelnde Vision, die zudem schlecht kommuniziert wird.

2050 ist Europa ...
Vorbild in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, Umweltschutz und Menschenrechte. Zudem steht Europa geschlossener zusammen denn je.

Mein größtes Vorbild:
Hans-Dietrich Genscher

Wäre Europa ein Tier, es wäre ...
eine Erdmännchen-Gruppe. Nur gemeinsam sind sie stark, sie sind grundsätzlich friedlich, streiten sich aber gerne untereinander und üben leider etwas zu sehr Understatement aus.

Wenn ich Günther Oettinger treffe, dann ...
werde ihm noch einmal ganz in Ruhe die Probleme der Urheberrechtsreform erklären. Zur Sicherheit lieber auf Deutsch!

9

Name: Annina Frangenberg
Alter: 28
Wahlkreis: Rheinisch-Bergischer Kreis

Deshalb kandidiere ich für Europa:
Europa ist gerade für unsere jüngere Generation leider zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Wir sprechen viel zu wenig über die Vorteile, die unsere Generation durch Europa direkt erfahren darf und kann. Wir können bequem innerhalb Europas reisen, müssen nicht an Grenzen warten. Wir können mühelos in anderen europäischen Ländern studieren und arbeiten. Ich möchte wieder über Europa sprechen und über die Privilegien, die wir durch unsere in Vielfalt geeinten Nationen jeden Tag erleben dürfen: Friede, Freiheit und Wohlstand – denn das sind keine Selbstverständlichkeiten.

Dieses Thema muss als Erstes angegangen werden:
Die Europäische Union muss ernsthaft und selbstreflektiert reformiert werden.

An der EU nervt mich ...
das ewige Hin-und-her-Geschiebe von wichtigen Schlüsselfragen auf Krisengipfeln, die keine Lösungen liefern, sondern Entscheidungen häufig nur vertagen.

2050 ist Europa ...
ein Kontinent der Chancen.

Mein größtes Vorbild:
Meine verstorbene Urgroßmutter, die zwei Weltkriege überlebt und mir beigebracht hat, welche Privilegien Frieden und Freiheit sind.

Wäre Europa ein Tier, es wäre ...
ein Einhorn – schillernd, bunt und extrem selten ;-)

Wenn ich Günther Oettinger treffe, dann ...
würde ich ihn fragen, welche Situation ihn am meisten gefordert hat.

Name: Alexander Winkens
Alter: 31
Wahlkreis: Mönchengladbach

Deshalb kandidiere ich für Europa:
Zum einen, weil ich Europa mitgestalten möchte, und zum anderen, um eben auch die Jüngeren zu vertreten und zu zeigen, dass Politik nicht nur von den „Alten" gemacht werden muss/kann.

Dieses Thema muss als Erstes angegangen werden:
Bürokratieabbau

An der EU nervt mich ...
viel zu lange Entscheidungswege/Blockaden, die durch Einstimmigkeitsprinzip statt Mehrheitsentscheidung entstehen, dass es lasche bis gar keine Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten gibt, die gegen die Verträge verstoßen.

2050 ist Europa ...
starker Block, der mit einer gemeinsamen Stimme, sprich einem EU-Außenminister, auftritt. Als eine Art Nation, in der die einzelnen Länder mehr wie unsere Bundesländer oder wie die einzelnen Staaten der USA agieren und funktionieren.

Mein größtes Vorbild:
Politisch gesehen schwierig – ich denke, neben dem unfassbaren politischen Geschick von Otto von Bismarck aus den Geschichtsbüchern muss ich aus der näheren Vergangenheit zumindest den weltpolitischen Auftritten von Angela Merkel Tribut zollen. Ich glaube, auf der großen Bühne der Weltpolitik macht ihr so schnell keiner was vor.

Wäre Europa ein Tier, es wäre ...
aktuell wohl ein Bär im Winterschlaf, der hoffentlich bald mal wieder aufwacht. Oder auch ein Wolfsrudel, es arbeitet im Team, beschützt sich gegenseitig und hält klare Regeln ein, damit es allen gleich gut geht.

Wenn ich Günther Oettinger treffe, dann ...
würde ich ihn wohl fragen, ob er selbst manchmal lachen muss, wenn er merkt, was er da eigentlich darstellt.

Unsere Asse für Europa

Unsere Asse für Europa

Name: Vincent Bartscher (JuLis)
Alter: 25
Wahlkreis: Kreis Unna/Bezirk Westfalen-Süd

Deshalb kandidiere ich für Europa:
Ich kenne Europa nur als Tatsache. Das geteilte Deutschland, den Kalten Krieg und Zweiten Weltkrieg kenne ich nur aus Erzählungen meiner Eltern und Großeltern. Mir ist es wichtig, dass wir und nachfolgende Generationen weiterhin im friedlichen und einigen „Land" Europa leben können. Europa bietet mehr Vorteile als Nachteile – gerade das will ich in Zeiten des Populismus von links und rechts im Wahlkampf auf die Straße tragen! Damit das klappt, kann nicht alles so bleiben, wie es ist. Deshalb braucht Europa Reformen, die allen Menschen von Lissabon bis Tallinn und Stockholm bis Athen die besten Chancen zur persö

Dieses Thema muss als Erstes angegangen werden:
Es braucht endlich ein vollwertiges Europäisches Parlament, dass selber Gesetze einbringt und nicht gelähmt wird durch eine Europäische Kommission. Zusätzlich braucht es eine europäische Verfassung, die die Wertegemeinschaft verbindlich und sichtbar festschreibt.

An der EU nervt mich ...
dass viel zu oft an den Bedürfnissen der Menschen in Europa vorbeiregiert wird und sich mit banalen Themen wie der Krümmung von Gurken beschäftigt wird, anstatt in den Punkten Bildung, Digitalisierung und Start-ups Europa zu einem weltweiten Champion zu machen.

2050 ist Europa ...
ein großer, einiger, friedlicher und freier Staat, der in der Welt Vorbildfunktion hat.

Mein größtes Vorbild:
Johan Willem Beyen, der bereits 1950 mit seinem „Beyen-Plan" die Idee für einen gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt, der bis heute einer der Pfeiler der EU ist, entwickelte, die 1957 darin gipfelte, dass die Römischen Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von den ersten sechs Ländern unterzeichnet wurden.

Wäre Europa ein Tier, es wäre ...
im Moment ein Vogel Strauß, der zum Fliegen im Laufe seiner Evolution zu schwer geworden ist, aber trotzdem ein stolzes, großes Lebewesen ist.

Wenn ich Günther Oettinger treffe, dann ...
würde ich mit ihm ein Interview auf Englisch zum Thema „Digitale Chancen in der Europäischen Union" führen und hoffen, dass ich eine (verständliche) Antwort bekomme ;-)

thinkliberal.de

Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort wie Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate, Messe- und Kongressequipment oder Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller und Visitenkarten im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch auf www.thinkliberal.de!

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation
Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Ihr Shop für FDP-Werbemittel

Blind vor Liebe –

Europa darf nicht verherrlicht, Europa muss verbessert werden

Zu Anfang ein Gedankenspiel: Junge Leute auf einem FDP-Parteitag haben Deutschlandfahnen um den Hals hängen, stellen kleine Deutschlandfähnchen auf den Tisch und singen medienwirksam die deutsche Nationalhymne, um ein Zeichen für Zusammenhalt der Bürger zu setzen. Leute, die das nicht machen, werden komisch beäugt. Wenn statt einer Deutschlandfahne eine Europafahne am Revers getragen wird, braucht nicht lange auf die ersten Kommentare gewartet zu werden. Klingt komisch? Ist es auch.

Bildnachweis: stockadobe.com

10

Noch komischer ist nur, dass es andersherum in unserer Jugendorganisation und auch in der Mutterpartei häufig der Fall ist. Solange jemand nicht nahezu in Europa verliebt ist, jedes Wochenende zu Pulse of Europe geht und auf jeden Fall auch die Europäische Hymne jeden Morgen nach dem Aufstehen singt, befindet dieser sich am rechten Rand der Partei. Das Schwenken von Deutschlandfahnen zu Spielen unserer Nationalmannschaft wurde in der Vergangenheit von demokratischen Parteien schon als latenter Rassismus bezeichnet. Party-Patriotismus war da nur ein weiterer Begriff, um Fans unserer Mannschaft als nationalistisch darzustellen und ihnen vor allem zu unterstellen, mit politischer Absicht eine Sportmannschaft zu unterstützen. Kurze Frage: Darf ich überhaupt „unsere Mannschaft“ schreiben? Sagen wir lieber „die Mannschaft, die sich deutsche Nationalmannschaft nennt“. Denn wie jeder weiß, führt das Schwenken der Deutschlandfahne und die Identifikation mit der Mannschaft zu nationalistischem Denken und Gewalt.
Aber lassen wir diese unterschiedliche Betrachtungsweise – so sehr sie mich auch nervt – hinter uns und betrachten die Europäische Union politisch.

Ein, zwei Worte möchte ich noch zu Pulse of Europe verlieren: Ich begrüße es, dass sich Menschen aller Generationen und aller Nationalitäten für europäischen Zusammenhalt einsetzen und für eine positive Zukunft unserer Generation streiten. Als positives Signal sind die Demonstrationen sicher gut, aber entsprechen sie auch unserem Ideal, selbst etwas zu verändern, selbst etwas verbessern zu können? Ich glaube nicht. Schauen wir uns an, worum es bei Pulse of Europe geht, und betrachten hierfür die ersten drei der insgesamt zehn Ziele. Ich nenne es mal Ziele, wenngleich ich das Wort nicht ganz passend finde.

1. Europa darf nicht scheitern
2. Der Frieden steht auf dem Spiel
3. Wir sind verantwortlich

Herzlichen Glückwunsch auch. Dafür brauche ich keine Demonstration: Vage Formulierungen und nicht mal das Ziel, etwas zu verändern. Alles soll so bleiben, alles ist gut, wir müssen nur aktiv verhindern, dass sich irgendetwas ändert. Und ach ja: Wir sind verantwortlich. Für was auch immer genau.

Jetzt aber wirklich zum Verkaufen unserer Inhalte: Wir Jungen Liberalen können stolz auf unsere Positionen zu Europa sein, genauso wie große Teile des Wahlprogramms der Freien Demokraten großartige Punkte aufweisen. Warum also sind so viele Menschen blind vor Europaliebe und sagen nicht viel deutlicher in der Öffentlichkeit, was alles geändert werden muss, um unseren Kontinent und unsere Wertevereinigung in Zukunft besser zu machen? Es hilft uns allen im Endeffekt nicht, immer nur gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass die EU uns die längste Friedenszeit gebracht hat, dass sie einer der größten Binnenmärkte der Welt ist und dass sie unvergleichlich wichtige Freizügigkeiten im Arbeits-, Personen- und Kapitalmarkt mit sich gebracht hat. Keine Frage – wichtige Errungenschaften, die es zu behalten gilt. Aber gerade wir als progressive Jugendorganisation, als wie so oft beschriebener Motor der Freien Demokraten, müssen doch vorne dabei sein, wenn es um das Weiterentwickeln geht. Wir müssen die Ersten sein, die Fehler erkennen und Lösungen finden wollen. Die Vorschläge müssen lauter und deutlicher von denen kommen, die noch viele Jahrzehnte hier leben werden – von uns.
Gerade für die jungen Menschen, die Europa als unsere Zukunft ansehen, ist es wichtig, Entwicklungen aufzuzeigen und neue Wege zu beschreiten. Welcher junge Wähler will Menschen wählen, die alles gut finden so, wie es ist, und nur gegen politische Mitbewerber keilen? Niemand will das.

Rosarote Brille absetzen, Fokus von Links- und Rechtspopulisten abwenden und eigene Positionen verkaufen. Weniger Fahnen schwenken, mehr Lösungsvorschläge nach außen tragen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir dann jungliberale Positionen so gut darstellen können, dass die FDP ein deutlich stärkeres (Jungwähler-)Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erzielen wird als bei der letzten Wahl. Europa darf nicht verherrlicht, Europa muss verbessert werden. Packen wir’s an!

Fabian Griewel (22) kommt aus dem westfälischen Soest und studiert Geografie und Geschichte. Nebenbei arbeitet er bei einem Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag. Er war mehrere Jahre in Bundes- und Landesvorstand der Jungen Liberalen an unterschiedlichen Positionen aktiv. Seit 2018 ist er Vorsitzender seiner heimischen FDP im Kreis Soest.

EUdSSR? – Föderalismus in der EU

Furchtbar, wenn der Artikel sofort mit rechtspopulistischem „Dogwhistling“ anfängt. „EUdSSR“; im Ernst? Nein, nicht wirklich, denn die spontane Rückkehr der Union sozialistischer Sowjetrepubliken gehört zu den Ereignissen, die ungefähr so wahrscheinlich wirken wie ein geordneter und würdevoller Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Aber es geht um die Frage, die unter diesem spitzen Neologismus liegt. Entwickelt sich die Europäische Union immer mehr zu einem zentralistischen Superstaat?

Eurokraten – Bürokratie im Staatenverbund

„Eurokraten“; noch so ein Begriff, der eher auf einer Pro-Brexit-Demo oder dem Parteitag der AfD zu erwarten wäre. Es handelt sich um eine abwertende Bezeichnung gegenüber Abgeordneten des EU-Parlamentes oder Kommissaren der EU-Kommission. Er unterstellt denjenigen, die die Bürokratie innerhalb der EU verwalten, über die Köpfe der Bürger hinweg zu regieren, und kommuniziert die implizite Sorge des Kontrollverlustes über die nationale Souveränität.

Formal gesehen ist die Angst unbegründet, schließlich ist die EU ein „Staatenverbund“, wie es das Bundesverfassungsgericht formulierte, also kein Bundesstaat, wo sämtliche Souveränität auf die EU-Ebene übergeht. Dennoch ist die EU auch keine lose Konföderation, sondern irgendein Sonderfall, irgendwo dazwischen. Ein System, in dem die Nationalstaaten formal ihre Souveränität halten, aber einen Teil an dieses supranationale Konstrukt abgegeben haben. Also ist diese Angst doch nicht ganz unbegründet?

Bürokratisierung auf europäischer Ebene

Es ist wohl kaum von der Hand zu weisen, dass die Europäische Union neben ihren vielen Vorteilen auch signifikante Probleme aufweist. Und wir tun uns keinen Gefallen damit, sämtliche Kritik an der EU sofort als linkes oder rechtes Geschwätz abzutun. Auch sollten wir aufhören, Europa und die EU synonym zu verwenden. Gerade aus liberaler Perspektive sollten wir diejenigen sein, die die EU konstruktiv reformieren wollen. Zu diesem konstruktiven Dialog gehört auch Kritik und die ist, gerade im Bereich der Bürokratie, mehr als berechtigt.

Artikel 13 ist sicherlich das prominenteste Beispiel der allerjüngsten Geschichte von bürokratischen Maßnahmen, die mehr Schaden als Nutzen anrichten und, mehr oder weniger durchdacht, von mehr oder weniger qualifizierten Politikern implementiert werden sollen. Aber Artikel 11 & 13 sind nicht das einzige Beispiel. Wie den wenigsten aufgefallen sein wird, versucht die EU gerade neue Restriktionen auf das europäische Waffenrecht zu legen, die an Unverhältnismäßigkeit kaum zu überbieten sind. Solche Entscheidungen werden großteilig klammheimlich und schnell getroffen und von Regularien dieser Art gibt es mehr als genug.

Alexander Kobuss (20) studiert Lehramt für Gymnasien mit den Fächern Geschichte sowie Sozialwissenschaften und ist Mitglied der Jungen Liberalen Köln. Seine Kernthemen sind die Bildungs-, Verteidigungs- und Außenpolitik. Ihr erreicht ihn unter: **alexkobuss@yahoo.de**

Bildnachweis: stockadobe.com

Die süße Versuchung des Zentralismus

Für jeden Politiker scheint es attraktiv zu sein, sich dem Zentralismus hinzugeben. Es scheint so unkompliziert. Wenn etwas nicht ganz so läuft, wie es soll, dann werden die Rufe nach dem Staat laut. Armut? Der Staat soll einfach den Reichen etwas von ihrem Geld nehmen, um es den Armen zu geben, und das Problem ist gelöst. Wohl kaum; denn genau diese Methode wird seit Jahrzehnten betrieben, obwohl sie nachweislich nicht nachhaltig funktioniert. Denn armen Menschen, die nie gelernt haben, mit Geld umzugehen, einfach mehr Geld zu geben, führt dazu, dass dieses Geld noch schneller wieder weg ist. Deswegen sind arme Menschen, die plötzlich im Lotto gewinnen, in kürzester Zeit wieder arm oder sogar noch ärmer.

Aber es hört sich gut an, es gewinnt Wahlen, weil den Wählern eingeredet wird, dass dieses abstrakte Konstrukt namens „Staat“ aus Berlin (oder Brüssel) die Einzelheiten meines Lebens besser plant, als ich das könnte. Denn Eigenverantwortung ist nicht sehr populär im Diskurs, sie wird den Menschen in der Schule, dank rot-grüner Bildungsexperimente, schließlich auch systematisch abtrainiert und an den Universitäten vollständig getilgt. Und diese Form des Zentralismus hat viele Erscheinungsformen. Egal ob Umverteilung, ausufernder Sozialstaat oder Digitalpakt – selbst unter Liberalen wird der Zentralismus immer populärer.

Die Bedeutung des Föderalismus

Föderalismus, was ist das eigentlich? Es ist ein staatliches Organisationsprinzip, dass einzelnen Gliedern innerhalb des Staates eine (begrenzte) Eigenständigkeit verleiht. In Deutschland agieren also nicht nur der Bund und die Kanzlerin, sondern auch die Länder und Kommunen. Der Föderalismus ist von den in Artikel 20 GG verfassten Säulen die am wenigsten verstandene. Aber sie ist mindestens genauso wichtig wie die anderen. Denn der Föderalismus erfüllt mehrere Zwecke.

Zum einen ist er effizient, weil er nach dem Prinzip der Subsidiarität gestaltet ist, also die Probleme auf der Ebene angeht, wo sie am besten zu lösen sind. Und kommunale Themen, wie die Entscheidung über den Bau einer Straße oder eines öffentlichen Gebäudes, werden am besten in der Kommune gelöst. Selbiges gilt für landesspezifische Themen und bundesspezifische Themen, wobei sich Letztere vor allem auf Sicherheits-, Außen- und Einwanderungspolitik beschränken sollten. Berlin ist schlicht und ergreifend zu weit weg von manchen Problemen, um sie wirklich effektiv lösen zu können.

Zum anderen ist der Föderalismus grundsätzlich dezentral organisiert, was den Vorteil einer Dezentralisierung von Machtstrukturen hat. Die Geschichte lehrt uns unzählige Beispiele, die uns vor Augen führen, warum eine hohe Machtkonzentration auf wenige oder gar eine einzelne Institution problematisch sein kann. Denn Macht hat das große Risiko, diejenigen zu korrumpieren, die sie ausüben. Aus diesem Grund haben die amerikanischen Gründerväter in der Verfassung der USA den Föderalismus tief verankert, weil sie wussten, dass ein System immer in Tyrannei zurückverfallen könnte. Wir sollten es den Amerikanern danken, dass sie uns dieses Prinzip nach der Befreiung Deutschlands und zur Gründung der Bundesrepublik 1949 gebracht haben.

#Das Horror-Kabinett 12

Ein Horror-Kabinett aufzustellen ist mit Blick auf unsere aktuelle Bundesregierung nicht sehr leicht und stellt mich vor eine schwierige Aufgabe. Die Messlatte liegt schon sehr, sehr hoch. Ein Vertreter des Kabinetts Merkel IV darf auch weiterhin mit am Kabinettstisch sitzen, aber auch einige Neulinge haben sich eindeutig „qualifiziert". Glücklicherweise wird diese Koalition aus CDU, SPD, Grünen, Linkspartei, AfD und den Neuen Liberalen nur schwerlich zustande kommen…

1 Kanzler: Kevin Kühnert (SPD)

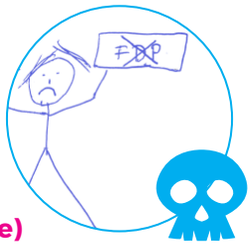
Und jetzt ruft mal alle: „KEVIN!!"

Bildnachweis: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

2 Kanzleramtsminister/Minister für besondere Aufgaben: Chris Pyak (Neue Liberale)

Bringt zwar keine Kompetenzen oder Inhalte mit, aber kümmert sich dabei intensiv um seine einzige Kernaufgabe, FDP-Bashing.

Bildnachweis: © Tim Schütz



3 Außenministerin: Sahra Wagenknecht (Linke)

Die außenpolitische Amokfahrt ist vorprogrammiert.

Bildnachweis: @DiG/Trialon

4 Finanzministerin: Alice Weidel (AfD)

Mit der Akquise von Spenden aus dem Ausland kennt sich somit zumindest mal eine Person aus.

Bildnachweis: Hermann Luyken [CC0]

5 Verteidigungsminister: Philipp Amthor (CDU)

Kann hier wenigstens nichts kaputt machen. Für den aktuellen Bestand an funktionierender Ausstattung braucht es wohl nicht einmal einen Führerschein.

Bildnachweis: Tobias Koch [CC BY-SA 3.0 (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0)]

6 Bildungsministerin: Anja Karliczek (CDU)

Wer ein Jahr Einarbeitungszeit braucht, ohne substanziell etwas zu leisten, darf seinen Posten in diesem Kabinett natürlich behalten.

Bildnachweis: „Rauß Fotografie"

7 Gesundheitsminister: Karl Lauterbach (SPD)

Wer ihn mal in einer Talkshow erlebt hat, kann diese Nominierung verstehen.

Bildnachweis: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/3d/MJK_19234_Karl_Lauterbach_%28SPD-Bundesparteitag_2018%29.jpg; Martin Kraft [CC BY-SA 3.0 (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0)]

8 Ernährung/Landwirtschaft: Renate Künast (Grüne)

Ob Glyphosat oder sonst was: Hier kann sie alles verbieten und mit Ernährung kennt sie sich bestimmt auch aus…

Bildnachweis: Laurence Chaperon

9 Umweltministerin: Beatrix von Storch (AfD)

„Die Sonne soll nicht mehr scheinen.“ Damit wäre immerhin eine konkrete Zielvorgabe für die Legislatur gesetzt worden.

Bildnachweis: © Superbass / CC-BY-SA-4.0/ Superbass [CC BY-SA 4.0]

10 Wirtschaftsminister: Ralf Stegner (SPD)

Hier könnte Ralf Stegner seine feuchten Enteignungsträume umsetzen.

Bildnachweis: © Susie Knoll

11 Justizminister: Alexander Gauland (AfD)

Immer gut, wütende alte Männer in einem Kabinett zu haben.

Bildnachweis: © Superbass / CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons) [CC BY-SA 4.0 (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0)]

12 Ministerin für Arbeit und Soziales: Katja Kipping (Linke)

Mindestlohn satt, Renten hoch, Großkapitalisten entmachten. Es blüht ein soziales Schlaraffenland, auferstanden aus Ruinen …

Bildnachweis: © Anke Illing

13 Verkehrsminister: Anton Hofreiter (Grüne)

Keine Autos, keine Flugzeuge, Schiffe wird es auch keine geben. Infrastrukturinvestitionen fließen in Zukunft eher in Ameisenstraßen als in Autobahnen. Aber: Gemeinsam mit Beatrix von Storch kann man neben den klimatischen Bedingungen auch in sonstiger Hinsicht eine wilde Zeitreise unternehmen.

Bildnachweis: Stefan Kaminski

14 Familienministerin: Alice Weidel Klon (AfD)

Alice Weidel ist für dieses Kabinett so qualifiziert, dass sie gleich zwei Mal aufgestellt werden muss. Wer selbst die Vorzüge einer offenen Gesellschaft in Anspruch nimmt und gleichzeitig einer Partei angehört, die diese Offenheit radikal infrage stellt, qualifiziert sich in höchstem Maße!

Bildnachweis: Hermann Luyken [CC0]

15 Entwicklungsminister: Nikolaus Kramer (AfD)

Nannte Asylbewerber in einer Rede jüngst „Neger“.

Bildnachweis: creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de, Olaf Kosinsky [CC BY-SA 3.0 de (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)]

16 Innen und Heimat: Gottfried Curio (AfD)

Eigentlich ist Horst Seehofer schwer zu toppen. Wer Gottfried Curio jedoch googelt, wird schnell von seiner Nominierung überzeugt sein.

Léon Beck (23), stellvertretender Landesvorsitzender, Kreisvorsitzender JuLis Bochum wird diese Koalition aus CDU, SPD, Grünen, Linkspartei, AfD und den Neuen Liberalen nur schwerlich zustande kommen …
Ihr erreicht ihn unter: **leon.beck@julis-nrw.de**

#Die Letzte Seite

DKV

Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren.
Gesetzlich versichert – privat behandelt.

BestMed Kombitarife zur GKV.
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen:
0179 4691889

Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:
Sebastian T. Stachelhaus
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

Ich vertrau der DKV